

**Rüdiger Bittner**  
**Frieden und Gerechtigkeit**

Ansprache in der Gedenkstunde für den Frieden, Volkstrauertag, 13.11.2011, Rathaus Greven

Es ist gut, dass wir an die vielen Menschen denken, die in den letzten hundert Jahren im Krieg oder unter der Herrschaft der Nationalsozialisten getötet wurden. Denn dorthin, aus diesem Töten und Töten, aus dieser Unzahl abgebrochener Anfänge und vereitelte Hoffnungen, kommen wir als Bürger der Bundesrepublik Deutschland her, auch wenn die meisten von uns selbst dabei gar nicht zugegen waren; und es ist gut, daran zu denken, woher man kommt, dann hält man besser Kurs in dem, was man jetzt tut.

Diese Rede soll beitragen zu einer Verständigung über unseren Kurs. Ich habe nicht im Sinn, eine Auseinandersetzung über diese oder jene politische Maßnahme anzustoßen, die jetzt umstritten ist, wie Euro-Stützung, Bundeswehr-Reform, Steuer-Reform. Mein Fach ist Philosophie, und so geht es mir um die grundsätzliche Frage, was wir, jetzt und hier lebend, politisch sind, an was für einem politischen Unternehmen wir als Bürger oder auch nur als Bewohner dieses Landes teilhaben. Sie mögen fragen, woher ich das Recht nehme zu einer solchen Kursbestimmung. Aber es braucht dazu kein besonderes Recht. Jeder von uns ist befugt und berufen, zu einer solchen beizutragen. Ich habe nur voraus, dass an dieser Stelle zu sprechen der Bürgermeister dieser Stadt mich eingeladen hat. Ich danke Ihnen für dies Vertrauen, Herr Vennemeyer.

Wie diejenigen, die in früheren Jahren an dieser Stelle gesprochen haben, will ich, gedenkend derer, die in den Kriegen und unter der Gewaltherrschaft gestorben sind, sprechen über Frieden. Mein besonderes Thema ist: Frieden und Gerechtigkeit. Genauer geht es mir um die Frage: wie verhalten sich diese beiden Dinge zueinander, dass ein politischer Zustand ein Friedenszustand ist, und dass er ein gerechter Zustand ist? Darüber sind die Meinungen geteilt; und wenn ich Ihnen auch eine bestimmte Antwort empfehlen und sie mit Gründen stützen werde, bin ich doch darauf gefasst, dass die Meinungen am Ende immer noch geteilt sein werden. Aber das macht das Nachdenken über die Frage nicht unnütz.

In der westlichen Tradition ist der erste Autor, bei dem Frieden zu einem bedeutenden Thema des Nachdenkens wurde, Aurelius Augustinus – jener Augustinus, der, wie ich höre, dem hiesigen Gymnasium seinen Namen gegeben hat und der, wenn man der Überlieferung in dieser Sache glauben kann, heute gerade Geburtstag hat, nämlich am 13. November 354 in Thagaste, heute Souk Ahras in Algerien, geboren wurde. Auf die Frage nach dem Verhältnis von Frieden und Gerechtigkeit nun antwortet Augustinus im "Gottesstaat", seinem politisch und geschichtstheoretisch wichtigsten Werk, geschrieben zwischen 410 und 426: ein Zustand des Friedens und ein Zustand der Gerechtigkeit, das ist in Wirklichkeit dasselbe. Frieden herrscht allein, wenn alles so ist, wie es recht ist, dass es ist; wenn alles in Ordnung ist. Dank dem gewaltigen Einfluss, den Augustin aufs westliche Christentum und dadurch aufs westliche Denken überhaupt ausgeübt hat, denken viele auch heute noch so über Frieden. Und sie sagen, als eine Folge daraus: nur ein gerechter Friede kann wirklich Frieden heißen.

Aber wir sollten Augustinus und denen, die ihm gefolgt sind, unsererseits nicht folgen. Denn zum einen, wir reden tatsächlich nicht so, wie wir nach seiner Behauptung reden müssten. Ein gerechter Friede ist nach unserem Verständnis nicht so etwas wie ein runder Kreis, und das wäre er, wenn nur ein gerechter Friede wirklich Frieden heißen könnte. Vielmehr meinen wir, es gibt unter den Friedenszuständen die einen, die gerecht sind, und die anderen, die es nicht sind, und das spricht dafür, dass wir Frieden und Gerechtigkeit für zweierlei halten – zweierlei gute Dinge, ja, aber zweierlei. Zum anderen, Augustinus ist auch einer der frühesten Theoretiker des gerechten Krieges. Nach seiner Lehre ist ein Krieg nur gerecht, wenn er dazu dient, gegen geschehenes Unrecht einen gerechten Zustand wieder herzustellen. Aber wenn man Augustins Friedensverständnis folgt, ist man gezwungen zu sagen: die einen gerechten Krieg führen, haben Frieden, schließlich tun sie ja das, was gerecht ist. Doch so zu reden bringt nur Verwirrung. Ein Krieg mag gerecht sein, er ist darum immer noch Krieg. Besser, wir sprechen daher so: Wenn

Augustin mit seiner Lehre vom gerechten Krieg Recht hat, tun manchmal Menschen recht daran, Krieg zu führen. Aber weil sie dann trotzdem nicht Frieden haben, sind Frieden und Gerechtigkeit zweierlei. Drittes Argument, Augustins Verständnis von Frieden hat die Konsequenz, dass es Frieden im genauen Sinn des Wortes nicht auf Erden, nur im Himmel gibt; eine Konsequenz, die er an einer Stelle (*de civitate dei* XIX 17) auch ausdrücklich zieht. Denn dass alles so ist, wie es recht ist, dass es ist, dahin kommen wir auf Erden nicht. Damit aber wird der Begriff des Friedens für unser irdisches Unterscheiden unbrauchbar. Wir wollen ja sagen: hier ist Friede, hier nicht, jetzt ist Friede, jetzt nicht mehr, aber wenn wahrer Friede nur im Himmel ist, gehen diese irdischen Unterschiede über dem einen Unterschied zwischen himmlischem Frieden und irdischem Nichtfrieden verloren. Diesen Verlust sollten wir uns nicht zumuten.

Das sind Gründe gegen diejenigen, die sagen, es gibt nicht Frieden ohne Gerechtigkeit: doch, Frieden und Gerechtigkeit sind verschiedene Dinge und kommen getrennt vor. Aber vielleicht meinen die, die so reden, etwas anderes. Meine große Schwester, wenn es irgendwelche Schokoladen-Einkünfte für uns Kinder gab, pflegte sie gerecht unter uns zu verteilen und dabei, nur halb im Scherz, zu verkünden: Gerechtigkeit schafft Frieden. Sie hat mir später nicht sagen können, woher sie diesen Spruch hatte, und da die Sache in mein Feld gehört, bin ich der Frage nachgegangen. Nun, ich glaube, sie bezog ihren Spruch, über einige Zwischenstufen, versteht sich, vom Propheten Jesaja. Dort heißt es:

Und das Werk der Gerechtigkeit wird Friede sein und Frucht des Rechtes Sicherheit auf ewig.  
(Jesaja 32, 17)

Jesaja sagt: wird Friede sein, er sagt nicht: ist Friede – in dieser Zukunftsform spricht der Prophet. Aber wenn wir für jetzt das Prophetische beiseite lassen, so ist es die Formel meiner Schwester: wer das Gerechte tut, schafft Frieden. Dies ist eine andere Antwort als die Augustins. Für Augustin *besteht* Frieden darin, dass alle Dinge so sind, wie sie sein sollen. Nach der jetzt vorliegenden, an Jesaja anschließenden Antwort sind Frieden und Gerechtigkeit dagegen wohl verschiedene Dinge. Nur, das eine *bewirkt* das andere: durch gerechtes Handeln wird Frieden erreicht. Und die Frage ist jetzt, ob das stimmt.

Manchmal stimmt es, manchmal nicht. Wenn sich Streitende im Prinzip darüber einig sind, was eine gerechte Lösung ihres Streits wäre, dann hat jemand, der eine gemäß diesem Prinzip gerechte Lösung festlegt und durchsetzt, gute Chancen, Frieden herzustellen. Die Schokoladenverteilungen unter uns Kindern waren von dieser Art: wir waren uns im Prinzip einig, was eine gerechte Verteilung wäre, nämlich gleich große Stücke für jeden. Aber auch die verschiedenen Schiedsrichter-Tätigkeiten im Sport sind von dieser Art: wann ein Aufschlag korrekt, wann eine Stellung abseits ist, darüber herrscht im Prinzip Einigkeit, Streit ist nur darüber, ob dieser Aufschlag im Feld war oder dieser Schuss aus Abseits-Position erfolgte. Politische Konflikte jedoch sind in aller Regel nicht von dieser Art. Wie es gerecht wäre, in dieser oder jener politischen Streitfrage zu verfahren, darüber sind sich die Beteiligten im Normalfall selbst wieder uneinig. Dann aber kann einer tun, was er für gerecht hält, ja was vielleicht sogar gerecht ist, wie auch immer wir das feststellen, und doch ist er in den Augen derjenigen, die ihre Forderungen nicht erfüllt sehen, nur Partei, und so wird er wahrscheinlich nicht Frieden herstellen. Tatsächlich ist die Berufung darauf, was gerecht ist, nicht geeignet, Menschen zusammen zu führen. Eher im Gegenteil: es erbittert erst recht, wenn man gesagt bekommt, dass man sich für eine ungerechte Sache einsetzt. Trotz Jesaja also, in der Regel gilt im politischen Bereich nicht, dass Gerechtigkeit Frieden schafft; und vielleicht ist das gerade der Grund, aus dem Jesaja selbst nur von der Zukunft redet: das Werk der Gerechtigkeit wird Friede sein. Aber die Bedingungen, unter denen das sein wird, sind nicht klar, und so hilft uns die prophetische Aussage nicht bei der Bestimmung dessen, was wir jetzt politisch sind.

Frieden ist nicht ein Zustand der Gerechtigkeit, Frieden wird nicht in der Regel durch Gerechtigkeit herbeigeführt. So bleibt allein die dritte, bescheidene Antwort, gegen Augustinus und gegen Jesaja: Frieden und Gerechtigkeit haben grundsätzlich nichts miteinander zu tun, es sind verschiedene Dinge. Die können zusammen kommen, sie können auch nicht zusammen kommen, je nach dem.

Aber diese Antwort, wenn sie auch wahr ist, wirft eine neue Frage auf. Wenn Frieden und Gerechtigkeit zweierlei Dinge sind, dann kann es geschehen, dass nicht beides zu erreichen ist, dass man wählen muss, welches man verfolgt. In einem solchen Fall, welches sollen wir wählen? Ich meine die Frage nicht persönlich, in der Art: wofür sind Sie, für Frieden oder für Gerechtigkeit? Ich meine sie politisch: worauf ausgerichtet wollen wir dies politische Gebilde Bundesrepublik Deutschland, an dem wir teilhaben, verstehen? Soll es in erster Linie dazu da sein, Frieden, im Inneren wie auch nach außen, zu wahren, oder dazu, Gerechtigkeit herzustellen? Klar, am liebsten beides, aber wenn beides nicht geht?

Denn manchmal geht nicht beides. Ein Beispiel ist Spanien in den späten 1970er Jahren, nach dem Tod Francos 1975. Die unter Franco verübten Verbrechen wurden nicht vor Gericht gebracht, weil das den friedlichen Übergang zu einem parlamentarischen System verhindert hätte. Die Armee hätte sich nämlich gegen den Versuch, Offiziere für ihre Taten unter Franco zu belangen, mit Sicherheit gewehrt, und so wäre der Konflikt, der in den 1930er Jahren zum Bürgerkrieg geführt hatte, erneut aufgeflammt. Man verzichtete also auf Gerechtigkeit, weil unter den damals gegebenen Umständen beides, Gerechtigkeit und Frieden, in diesem Fall innerer Friede, nicht zu erreichen war. Das zeigt, Gerechtigkeit und Frieden sind nicht nur begrifflich, wie vorher gezeigt, sondern auch in der politischen Praxis zweierlei Dinge. Daher die Frage, worum geht es uns?

Es geht uns um Frieden, oder es sollte uns darum gehen. Wir sollten in unserem Denken wie auch in unserem politischen Tun die Bundesrepublik in erster Linie als ein Friedensinstrument betrachten und benutzen. Umgekehrt gesagt, Krieg ist nicht, nach dem bekannten Ausspruch des Generals von Clausewitz, "eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln", Krieg ist der Zusammenbruch der Politik. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Friedenssicherungsverein. Sie ist der FSV Deutschland.

Viele sind mit diesem Verständnis unseres Staatswesens nicht einverstanden. Die meisten weichen der Frage aus, und in der heutigen Diskussion ist die augustinische Position, wonach wahrer Friede allein gerechter Friede ist, fast immer nur ein Ausweichen, in der vagen Hoffnung, dass die beiden Dinge schon irgendwie zusammen kommen. Aber wie gezeigt gibt es für diese Annahme keinen guten Grund. Gewiss, eine dramatische Entscheidung wie in Spanien Ende der 70er Jahre steht in der Bundesrepublik nicht an, stand auch nie an, weil die Spitzen des nationalsozialistischen Regimes noch von den Siegermächten abgeurteilt wurden, bevor es eine Bundesrepublik gab. Aber Dramatik tut nichts zur Sache. Auch in undramatischen Zeiten ist es wichtig zu wissen, worauf man politisch hinaus will. Unter denen aber, die der Frage nicht ausweichen, sagen viele: Gerechtigkeit herzustellen, nicht Friede, ist die erste Aufgabe einer solchen Institution wie der Bundesrepublik Deutschland. Theodor Heuß endete die Rede, mit der er im September 1949 die Wahl zum ersten Bundespräsidenten annahm, mit dem Satz aus den Sprüchen Salomons (14, 34): Gerechtigkeit erhöht ein Volk.

Den Grund, der gegen diese Antwort spricht, habe ich schon angedeutet. Wir sind uns nicht einig darüber, was das Gerechte ist. Das Unternehmen Bundesrepublik Deutschland auf Gerechtigkeit als erstes Ziel festlegen heißt, den Sprengstoff in die Fundamente einbauen. Gerechtigkeit entzweiet ein Volk. Mit Frieden ist es anders. Wann Frieden ist, darüber können wir uns leicht einigen, so lange wir uns nicht von Augustinus und seinen Schülern überreden lassen, Frieden an die Einhaltung einer wahren Ordnung der Dinge zu binden. Frieden herrscht, wenn niemand mit feindlicher Absicht verletzt oder getötet und niemand mit Verletzung oder Tod bedroht wird. Schlicht gesagt, Frieden herrscht, wenn wir einander leben lassen. Wann Gerechtigkeit herrscht, darüber gibt es keine vergleichbare Einigkeit. Darum sollten wir uns zuerst als Friedenssicherungsverein verstehen.

Auseinanderzulegen was das praktisch im Einzelnen heißt, würde lang dauern, deshalb nur ein paar Anfänge von Überlegungen. Wir unterhalten eine große, hoch gerüstete Armee zu dem Zweck, dass Gewalt von außen gegen die hier Lebenden durch Abschreckung unwahrscheinlich gemacht wird; nicht zu dem Zweck, Gerechtigkeit in der Welt herzustellen oder auch nur voranzubringen. Wir betreiben einen ausgedehnten, hoch differenzierten Apparat von Polizei, Justiz und Vollzug mit dem Ziel, bei Konflikten zwischen den hier Lebenden und den hier wirkenden Institutionen Frieden wieder herzustellen; nicht mit

dem Ziel, gerechte Zustände herbeizuführen. Wir betreiben unter Aufbietung erheblicher Mittel Sozialpolitik, nicht damit soziale Gerechtigkeit herrscht – dass dies das Ziel wäre, davon kann angesichts der Ergebnisse dieser Politik nicht im Ernst die Rede sein; sondern zur inneren Befriedung, also um zu verhindern, dass soziale Spannungen zu inneren Konflikten führen, die sich nicht mehr eindämmen lassen. Wir garantieren Religionsfreiheit, Meinungsfreiheit, Vereinigungsfreiheit, um zu verhindern, dass Menschen die für sie wichtigen Anliegen schließlich nur im Krieg gegen das bestehende System verfolgen können. Und so weiter.

Klar, dies Verständnis dessen, worum es uns politisch geht, ist umstritten. Um nur ein markantes Beispiel herauszugreifen, ein Verteidigungsminister dieses Landes, ich weiß nicht mehr, ob der gegenwärtige oder sein Vorgänger, hat unlängst behauptet, die Bundesrepublik sei bereit, gegebenenfalls für ihre wirtschaftlichen Interessen Krieg zu führen. Einspruch! Theoretische Überlegungen und historische Erfahrungen insbesondere des letzten Jahrhunderts sprechen für eine Bundesrepublik, die dazu genau nicht bereit ist; und das Gedenken dieses Tags wird eine leere Geste, wenn wir zwar trauern um die zahllosen Getöteten, aber zu neuem Töten und Getötetwerden bereit sind, falls, sagen wir, der Sprit an deutschen Tankstellen zu teuer wird.

Noch eine andere Uneinigkeit jedoch ist die, ob die Maßnahmen, die ich eben aufgezählt habe, auch wirklich für ihren Zweck geeignet sind, also bei dem ersten Beispiel, ob eine schlagkräftige Armee wirklich ein gutes Mittel ist, Frieden zu wahren. Bedeutende Politiktheoretiker haben ja in den vergangenen Jahren den alten, weltklugen Spruch: Wenn du Frieden willst, bereite dich vor zum Krieg! umgedreht zu der nur scheinbar naiven Gegenrede: Wenn du Frieden willst, bereite dich auch vor zum Frieden! Aber von der Eignung der Mittel rede ich jetzt nicht, ich rede von den Zielen. Und da will ich sagen: geeignet oder nicht, die genannten politischen Maßnahmen sind zu verstehen als zielend auf Frieden, nicht auf Gerechtigkeit. Gewiss, auch diese Deutung unserer politischen Gegenwart und die daraus folgenden politischen Urteile im Einzelnen sind umstritten. Sie sind nicht etwas, worüber wir uns im Grunde alle einig sind. Aber das ist gerade der Punkt, etwa gegen Augustins Vorstellung von einem Zustand, in dem alles so ist, wie es recht ist: mit der Uneinigkeit darüber, was recht ist, müssen wir leben. Mehr noch, die Institutionen, in denen wir zusammenkommen, müssen gerade ausgelegt sein für solche, die miteinander nicht darüber einig sind, was recht ist.

Aber wenn es uns als Bürgern dieses Staats am Ende nicht um Gerechtigkeit zu tun ist, also darum, dass alles so eingerichtet ist, wie es recht ist, wonach bestimmen wir dann die Verteilung von Rechten, Pflichten und Gütern? Wir bestimmen sie überhaupt nicht nach irgendeinem Ideal. Wir handeln in den gegebenen Situationen Lösungen unter den Betroffenen aus und verbessern diese Lösungen auf Grund der Erfahrungen, die wir mit ihnen machen. Dass bei einem solchen Aushandeln die Mächtigeren Lösungen durchsetzen können, die ihnen Vorteile bringen, dagegen ist kein Kraut gewachsen. Insbesondere hilft nicht die Klage, die oder die Lösung sei ungerecht. Genau das werden die Theoretiker der Gegenseite mit Überzeugung bestreiten. Was hilft sind allein Züge in der politischen Auseinandersetzung, also Vorschläge, Argumente, Kompromissangebote, politischer Druck, Bündnisse, alles darauf ausgerichtet, praktikable und für ein gedeihliches Zusammenleben brauchbare, vielleicht sogar förderliche Einrichtungen zu finden.

Dies Aushandeln bewegt sich in dem Friedensraum, den zu wahren die Bundesrepublik Deutschland nach meiner Behauptung in erster Linie dient. Das ist ihre erste Aufgabe, weil alles andere, was sie leisten mag, ohne das, ohne die Sicherung vor Gewalt gegen Leib und Leben, wenig wert ist. Sie mögen entgegennen, das ist gar kein Friedensraum, den sie wahrt, da der angebliche Friede, im Innern wie nach außen, selbst wieder mit der Androhung von Gewalt, durch Polizei und Armee, durchgesetzt wird; und wie ich vorhin Frieden erklärt habe, herrscht Frieden schon dann nicht, wenn mit Gewalt gedroht wird. Und es stimmt, wir haben nicht kurzum Frieden, wir haben Friedensinseln, befestigt mit kriegerischen Mitteln. Aber auch damit muss man leben, solange andere Techniken der Wahrung des Friedens als die Androhung von Gewalt noch nicht hinreichend weit entwickelt worden sind oder noch nicht hinreichendes Vertrauen begründen; und man kann damit leben, solange die kriegerischen Mittel

erkennbar und, was die Zukunft angeht, berechenbar allein der Wahrung des Friedens in diesem Raum dienen.

Ich habe einen Vorschlag gemacht, wie wir uns als Bürger dieses Staats verstehen können, nämlich als Mitglieder des Friedenssicherungsvereins Deutschland, wobei Frieden gegen Augustin bescheiden, bloß als Abwesenheit von Gewalt und Drohung mit Gewalt genommen wird. Wenn dieser Vorschlag nicht allgemeine Zustimmung findet, überrascht mich das nicht. Auch das Verständnis unseres Zusammenlebens gilt es im Hin und Her der Überlegungen auszuhandeln, und was ich gesagt habe, ist nur eine dieser Überlegungen. Immerhin, so unsere politische Gegenwart zu verstehen ist wohl eine angemessene Art, der vielen Menschen eingedenk zu bleiben, die verfolgt, verletzt und getötet wurden, bevor die Bundesrepublik begann und seither.